

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 88 846 ppbn d
Teletax: 21 08 84

Inhalt

Helmuth Becker MdB zum Rakowski-Besuch: Perspektiven der deutsch-polnischen Beziehungen.

Seite 1

Dr. Dietrich Sperling MdB zum Widerspruch von Ankündigung und Wirklichkeit beim Bonner Städtebauminister: Schneiders Prognosekunst.

Seite 4

Professor Klaus-Dieter Osswald MdB zur Lage im Sudan: Größtes afrikanisches Land vor dem Chaos.

Seite 5

44. Jahrgang / 18

25. Januar 1989

Perspektiven der deutsch-polnischen Beziehungen

Nach dem inoffiziellen Besuch des polnischen Ministerpräsidenten Mieczyslaw Rakowski

Von Helmuth Becker MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und
Vorsitzender des Gesprächskreises Polen der SPD-Bundestagsfraktion

Welche Erwartungen dürfen wir nach dem privaten Besuch des polnischen Ministerpräsidenten Mieczyslaw Rakowski an die weitere Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen knüpfen?

Ein kurzer Überblick zeigt, daß seit Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen durch Willy Brandt und Jozef Cyrankiewicz am 7. Dezember 1970 gemäß den Bestimmungen des Vertrages, insbesondere in Artikel III

„(1) Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen werden weitere Schritte zur vollen Normalisierung und umfassenden Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen unternehmen, deren feste Grundlage dieser Vertrag bildet.

(2) Sie stimmen darin überein, daß eine Erweiterung ihrer Zusammenarbeit im Bereich der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen und sonstigen Beziehungen in ihrem beiderseitigen Interesse liegt.“

erhebliche Fortschritte erzielt wurden:

- So wurden Partnerschaften zwischen mehr als 40 Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen geschlossen,
- es gibt einen regen Austausch von Professoren und Wissenschaftlern bei verschiedenen Einrichtungen,

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemmlinger Umwelt
zu neuem Rakowski
Kernding-Papier



- es wurden eine ständig steigende Zahl von bilateralen Sportveranstaltungen in beiden Ländern durchgeführt und Freundschaften geschlossen,
- die Fragen der Familienzusammenführungen sind zunehmend leichter zu lösen,
- die Zahl der gegenseitigen Besuche ist ständig gestiegen und hat auf beiden Seiten die Halb-Millionen-Grenze überschritten,
- der Jugendaustausch ist, insbesondere auch nach dem Besuch von Minister Kwasniewski, im Aufwärtstrend,
- die wirtschaftlichen Beziehungen sind nach einer Stagnationsphase wieder in Gang gekommen und leben im Augenblick in erster Linie von privaten Initiativen auf beiden Seiten,
- seit 1984 ist eine Arbeitsgruppe zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa durch Maßnahmen der gegenseitigen Vertrauensbildung zwischen der SPD und der PVAP von Willy Brandt und Wojciech Jaruzelski eingerichtet worden, die sich mit Fragen der Vertrauensbildung in der Mitte Europas beschäftigt,
- seit 1974 gibt es einen regelmäßigen Austausch von Delegationen der SPD-Bundestagsfraktion und des Clubs der PVAP im Sejm,
- in der SPD-Fraktion ist ein Gesprächskreis Polen seit zehn Jahren eingerichtet,
- Ende 1987 wurde eine deutsch-polnische Parlamentariergruppe gebildet, die aus Mitgliedern des Bundestages und des Sejms besteht.

Rund 18 Jahre nach Unterzeichnung des Vertrages eine Bilanz, die sich durchaus sehen lassen kann. Natürlich gibt es auch noch ungelöste Probleme und Schwierigkeiten.

Der Mitunterzeichner des Vertrages vom 7. Dezember 1970, Jozef Cyrankiewicz, starb am 21. Januar diesen Jahres in Warschau im Alter von 77 Jahren.

Mieczyslaw Rakowski wollte auf Einladung von Bundespräsident von Weizsäcker aus Anlaß des 75. Geburtstages von Willy Brandt zu diesem Zeitpunkt in Bonn, und zweifellos hat er eine neue Dimension in den beiderseitigen Beziehungen eingeleitet. Ich würde dieses Ereignis als den Beginn der zweiten Stufe der deutsch-polnischen Beziehungen bezeichnen.

Die Entwicklungen in der Sowjetunion haben zum Teil zu gesellschaftlichen und politischen Reformen in anderen Ländern des Warschauer Paktes geführt. Ministerpräsident Rakowski hatte nun Gelegenheit, mit wichtigen Repräsentanten aus Ländern der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) zu sprechen und Sympathien für seine Vorhaben bei der weiteren Gestaltung der Politik in Polen zu wecken.

In diesem günstigen Ost/West/Klima haben die Ausdehnung und Weiterführung der deutsch-polnischen Beziehungen einen sehr guten Nährboden.

Ich will die Lage in Polen noch einmal in Erinnerung bringen oder ins Gedächtnis rufen:

- Überwindung der Folgen des Kriegesrechtes, außen-, wirtschafts- und gesellschaftspolitisch,
- das Gesetz über die Änderung des Wahlrechtes, nach dem mehrere Kandidaten antreten können,
- die Schaffung des Gewerkschaftsgesetzes,
- die Wirtschaftsreformgesetze mit Realisierung in mehreren Stufen.

Dies sind einige gravierende Ereignisse der letzten Jahre.

Nach dem Besuch von Ministerpräsident Rakowski und seiner Darstellung über den künftigen politischen Kurs in Polen eröffnen sich neue Perspektiven.

Nach zum Teil sehr schwierigen Diskussionen im Politbüro und im polnischen Parlament wurden beispielsweise folgende Ergebnisse erzielt:

1. Gesellschaftlicher Pluralismus kann in verschiedenen Organisationsformen realisiert werden,
2. gewerkschaftlicher Pluralismus ist möglich, und vielleicht werden sich in absehbarer Zeit Solidarnosc und OPZZ Konkurrenz in der Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Polen machen,
3. politischer Pluralismus wird möglich, und nach Aussagen von Mieczyslaw Rakowski im ZDF-Interview wird die PVAP in den Kampf um die Führungsrolle in Staat und Gesellschaft gehen,
4. die wirtschaftliche Umgestaltung ist durch zwei Gesetze für die innere Entwicklung in Polen und für die Gestaltung der Außenwirtschaftsbeziehungen in die Wege geleitet worden. Vielleicht erleben wir in einiger Zeit so etwas wie eine sozialistische Marktwirtschaft,
5. es zeichnet sich ab, daß die Bemühungen um die Mitarbeit der Kirchen, insbesondere der katholischen Kirche, bei der Erreichung der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ziele verstärkt werden.

Jetzt geht es auch, unter Berücksichtigung der moralischen Verpflichtung, 50 Jahre nach dem Überfall auf Polen, darum, alles zu tun, um den Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundespräsident Richard von Weizsäcker in diesem Jahr - 1989 - in Polen zu ermöglichen und erfolgreich zu gestalten.

In diesem Rahmen sind die Mitglieder der Bundesregierung und des Bundesrates, die Parteien, die Fraktionen in den Parlamenten, die Gewerkschaften, die Kirchen, die Vertreter der Wirtschaft, der Wissenschaft, des Sports und andere gesellschaftliche Organisationen aufgerufen, eine gemeinsame deutsch-polnische Offensive zu eröffnen. Es müssen in diesem Jahr eine Reihe von Fragen gelöst oder vorangebracht werden:

- Das Verhältnis beider Völker 50 Jahre nach Kriegsausbruch und 40 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist positiv in die Zukunft zu entwickeln.
- Die wirtschaftlichen Beziehungen unter Lösung finanzieller Fragen müssen energisch vorangetrieben werden.
- Die Möglichkeit zur Einrichtung von Kulturinstituten in beiden Ländern ist voll auszuschöpfen und zu realisieren.
- Dem Studentenaustausch muß neben dem Austausch von Wissenschaftlern und Professoren erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden.
- Die Möglichkeiten des Jugendaustausches sind weiter zu verbessern.
- Eine Zusammenarbeit und ein Erfahrungsaustausch zwischen den Gewerkschaften in beiden Ländern wäre zu intensivieren.
- Das Problem der sogenannten Minderheitenfrage muß aufgegriffen, durchleuchtet und einer Klärung zugeführt werden.
- Das Erlernen und der Gebrauch der deutschen Sprache muß erleichtert werden.
- Das Problem der Ortsnamen ist gemäß den Bestimmungen des Vertrages vom 7. Dezember 1970 endgültig zu klären.
- Die Städtepartnerschaften zwischen Städten in der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen sowie Gebietskörperschaften in beiden Ländern sollten gefördert werden.
- Die Entspannungs- und Friedenspolitik besonders im Bereich der konventionellen Abrüstung muß intensiviert und vorangebracht werden.

Die SPD wird dazu ihre Beiträge leisten, und die inzwischen ernannten persönlichen Beauftragten von Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Rakowski, die Herren Horst Teltchik und Ernest Kucza, sind Garanten für eine sorgfältige Prüfung der auf beiden Seiten gegebenen Möglichkeiten.

Insgesamt und abschließend: das sind die Perspektiven einer gemeinsamen deutsch-polnischen Offensive zur Lösung der brennenden Fragen in Gegenwart und Zukunft. (-/25.1.1989/vo-he/rs)

* * *

Schneiders Prognosekunst

Der Bauminister und der Wohnungsbedarf

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Wohnungspolitik ist wieder ein Thema geworden. Die überwiegende Mehrzahl der Haushalte in der Bundesrepublik ist zwar gut mit Wohnraum versorgt, aber die Zahl derer, die dringend eine Wohnung suchen, nimmt stark zu. Die Mietsteigerungen laufen der restlichen Preisentwicklung weg und für die unteren Einkommensgruppen sind Mietbelastungen von bis zu 40 Prozent des Haushaltsbudgets keine Seltenheit mehr.

Wohnungen zu planen und zu bauen dauert relativ lange. Häuser haben eine lange Nutzungs- und Amortisationszeit. Dies erfordert für die Investoren Klarheit über den Bedarf. Die aber gibt es nicht. Der gefährlichste Verunsicherer ist der, von dem alle meinen, er müsse es wissen: Der Bundesbauminister.

Denn: Im Sommer 1986 hat dieser Minister noch mittelfristig mit einem Bau von 300.000 Wohnungen pro Jahr gerechnet, bedingt durch die steigende Zahl der Haushaltgründungen (nachzulesen in der Pressemitteilung 44 seines Ministeriums vom 4. Juli 1986).

Der Wohnungsbau hat sich jedoch - durch eine falsche Steuer- und Förderungspolitik beschleunigt - nach unten entwickelt: Um die 200.000 Wohnungen sind in den letzten beiden Jahren nur gebaut worden, mit ein Grund für den derzeitigen Mangel.

Der Minister hat nicht gegengesteuert, sondern nur seine Prognosen nach unten revidiert und den Trend verstärkt.

Zitat Schneider vom 31. Juli 1987 aus der „Zeit“: „Die Bevölkerung nimmt nämlich stetig ab, so daß der jährliche Neubau von 200.000 bis 220.000 Wohnungen ausreicht, um den mittelfristig erkennbaren Bedarf zu decken.“

Zitat Schneider vom 3. August 1987 aus der „Welt“: „...werden wir durchschnittlich pro Jahr 200.000 Wohnungen bauen.“ Und: „Die Zahl 300.000 war die Obergrenze einer Schätzung, einer langfristigen Prognose. Wir bräuchten weniger Wohnungen - allerdings bei anhaltendem Wohlstand.“

Und er hat den Wohnungsmarkt so beurteilt: „Wir haben mehr Wohnungen als Nachfrager.“

Angesichts des jetzigen Mangels und des offensichtlichen Scheiterns seiner Politik und seiner Prognosen will er dies nicht mehr wahrhaben.

Im Bundestag hat er am 8. Dezember 1988 behauptet: „Es kann doch davon gar keine Rede sein, daß ich nicht Jahr und Tag gefordert habe: Wir müssen zwischen 250.000 und 300.000 Wohnungen bauen.“

Wer glaubt denn diesem Minister noch?

(-/25.1.1989/va-he/rs)

* * *

Der Sudan vor dem Chaos

Im größten Land Afrikas sind die islamischen Fundamentalisten im Vormarsch

Von Professor Klaus-Dieter Osswald MdB

SPD-Sprecher in der Parlamentarischen Vereinigung euro-arabische Zusammenarbeit

Khartum, Januar 1989: Die gegenwärtige Lage in der sudanesischen Hauptstadt wird geprägt von Streiks, gewalttätigen Unruhen, Ausnahmezustand, Lebensmittelknappheit, Korruption, astronomischen Preiserhöhungen, Wohnungsnot und Hunger. Dies alles in einer politischen Situation, die labil und undurchsichtig ist. Feststeht, daß Staatschef Sadiq Al Mahdi an Macht verliert und die islamischen Fundamentalisten an Einfluß hinzugewinnen. Damit verringern sich aber auch die Chancen für einen Frieden mit dem Süden.

Noch Ende letzten Jahres schien es so, als böte sich eine Möglichkeit der Aussöhnung im seit Jahren tobenden Bürgerkrieg. Mitte November trafen sich der Führer der demokratischen Unionistenpartei Al Mirgani mit dem Anführer der sudanesischen Volksbefreiungsbewegung (SPLM), John Garang, in Addis Abeba. Kernpunkt ihrer Gespräche, die den Friedensprozeß einleiten sollten, war eine Vereinbarung, nach der die islamischen Strafgesetze der Scharia außer Kraft bleiben sollen bis eine neue, gemeinsam zu erarbeitende Verfassung neues Recht schafft. Dieser Punkt ist für die SPLM unabdingbar, ist doch der überwiegende Teil der südsudanesischen Bevölkerung christlicher Religionszugehörigkeit. Al Mirgani, der für diesen hoffnungsvollen Schritt im ganzen Sudan spontan stürmisch gefeiert wurde, hatte aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Seine beiden Koalitionspartner in der Regierung waren damit nicht einverstanden.

Vor allem der Führer der nationalen islamischen Front, Dr. At Turabi, machte vehement Stimmung gegen diese Vereinbarung und drohte mit Austritt aus der Regierung. Der Ministerpräsident Al Mahdi mit seiner Ummah-Partei, der ursprünglich mit dem Versprechen angetreten war, die Scharia abzuschaffen, beugte sich dem Druck und ließ die Initiative Al Mirganis ins Leere laufen. Politische Beobachter in Khartum vermuten, daß Al Mahdi die harte Haltung der Fundamentalisten gar nicht ungelegen kam. Al Mahdi, der ein Nachfahre des berühmten Moslemführers aus dem letzten Jahrhundert ist, scheint immer mehr in die Fußstapfen seines Ahnherrn treten zu wollen. Die Folgen der vertanen Friedenschancen zeigten sich bald: Machtzuwachs für At Turabi, der Außenminister wurde, Fortführung des Krieges, Streiks und blutige Unruhen.

Bei der Einschätzung des Bürgerkrieges im Sudan ist es schwer, beiden Seiten gerecht zu werden. Es ist nicht zu bestreiten, daß der Süden traditionell vom Norden ausgebeutet wurde. Die Forderung nach mehr Autonomie und vor allem kultureller und religiöser Freiheit ist daher nur zu berechtigt. Inzwischen hat sich der Bürgerkrieg aber immer mehr verselbständigt. Das alte Schema: Armee gegen SPLM ist einem Chaos gewichen, bei dem unterschiedliche Völker in diesem größten Land Afrikas mit äußerster Brutalität gegeneinander kämpfen. Hinzu kommt, wie könnte es auch anders sein, die Einmischung Libyens. Trotz aller Dementis aus Tripolis unterstützt die libysche Luftwaffe mit ihren MIGs die sudanesische Armee im Kampf gegen den Süden. Was dort vor sich geht, kann nur noch mit Völkermord bezeichnet werden. Vor allem das Bombardieren der Kuhherden der Dinkas und anderer rinderzüchtender Völker nimmt diesen Stämmen, die bisher in einem relativen ökologischen Gleichgewicht lebten, jegliche Lebensgrundlage.

Hinzukommt das Verbrennen der Erde, das Ausradieren ganzer Dörfer, deren Bevölkerungen ermordet, vergewaltigt und als Sklaven verkauft werden. Grausamkeiten gibt es auf allen Seiten. Auch die SPLM hat ihre Leute nur teilweise unter Kontrolle. Jeder Stamm hat inzwischen so etwas wie eine eigene Miliz und führt oft auf eigene Rechnung Krieg. Prekär ist die Lage vor allem in den eingeschlossenen Städten im Süden, die noch von den Regierungstruppen gehalten werden. Sie sind voller Flüchtlinge, Nahrungsmittel gibt es praktisch nicht mehr und das Überleben von Städten wie Wau, Malakal und anderen kann nur mittels Luftbrücken bewerkstelligt werden - oder durch Lastwagenkonvois, deren Fahrzeuge nur zu oft den Minen der SPLM zum Opfer fallen.

Der blutige Krieg führte zu einem enormen enormen Flüchtlingsstrom nach Khartum, wo nach Schätzungen westlicher Hilfsorganisationen inzwischen 1,5 bis zwei Millionen Flüchtlinge in Elendsvierteln am Rande der Stadt leben. Diese Menschen, und darunter vor allem die Christen aus dem Süden, sind die unterprivilegierteste Schicht im Sudan. Offiziell werden sie nicht als Flüchtlinge anerkannt, haben somit auch keinen Anspruch auf die Hilfe des Weltflüchtlingskommissars (UNHCR). Sie werden euphemistisch als „displaced persons“ bezeichnet. Dieser millionenstarke Personenkreis ist daher hauptsächlich auf die Unterstützung ausländischer, meist nicht staatlicher Hilfsorganisationen angewiesen. Diesen aber wird die Arbeit zunehmend erschwert. Während die islamischen Hilfsorganisationen ungehindert unter moslemischen Flüchtlingen arbeiten dürfen, werden den christlichen Organisationen immer mehr Fesseln angelegt.

So dürfen zum Beispiele viele von ihnen nur noch in den sogenannten „planned areas“ arbeiten, wo hingegen die überwiegende Mehrzahl der Ärmsten weit draußen hinter Khartum und um Durman in sogenannten „unplanned areas“ leben. Gerade deren Situation wurde durch die Überschwemmung im letzten Sommer noch drastisch verschlechtert. Schwer zu erfüllende, oftmals absurde Verwaltungsvorschriften machen eine vernünftige Arbeit zudem für die christlichen Organisationen immer schwerer. Einige sind bereits auch des Landes verwiesen worden. Angekündigt hatte sich diese Politik bereits im letzten Jahr als ganz offiziell von „satanischen Aktivitäten der christlichen Hilfsorganisationen“ gesprochen wurde, die man einzustellen gedenke. Gemeint war die Berichterstattung über die katastrophalen Zustände, die Christendiskriminierung und die Korruption bei der Hilfsgüterverteilung.

Die miserable wirtschaftliche Lage des Sudans, der die höchste Pro-Kopf-Verschuldung in Afrika hat, verschlechtert die Situation immer weiter. Grundnahrungsmittel wie Brot und Zucker gibt es noch auf Bezugsschein und das auch nur für die Bewohner der Stadt und der „planned areas“. Strom und Wasser werden immer knapper.

Die Bevölkerung, die sich seit langem nach Frieden sehnt, erhofft insgeheim eine Machtübernahme des Militärs. Dieses aber zögert, was soll es auch mit dem bankrotten Staat anfangen. Eigentlich gehört der Sudan schon lange in zwei Länder geteilt. Dies aber liegt nicht im Sinne der Organisation afrikanischer Staaten, weil damit ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen würde. Also wird man weiter verhandeln müssen. Solange aber die islamischen Fundamentalisten darauf bestehen, aus dem heterogenen Vielvölkerstaat Sudan mit Gewalt eine islamische Republik zu machen, wird der Frieden noch lange auf sich warten lassen.

(-/25.1.1989/vo-he/rs)